

# Der Kampf gegen **TTIP**, **CETA** und **ISDS**: Erfahrungen aus Kanada

Von Maude Barlow





## **Zur Autorin**

Maude Barlow ist die nationale Vorsitzende des Council of Canadians. Maude wurden zwölf Ehrendokortitel sowie zahlreiche Auszeichnungen, darunter 2005 der Right Livelihood Award („Alternativer Nobelpreis“) verliehen. Sie war Senior Advisor zur Wasserversorgung des 63. Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen und leitete die Kampagne zur Anerkennung von Wasser als Menschenrecht der UN. Sie ist Autorin von dutzenden Studien und hat 17 Bücher veröffentlicht: 2014 erschien „Blaue Zukunft: Das Recht auf Wasser und wie wir es schützen können“.. Sie kämpft seit Jahrzehnten für eine gerechte Handelspolitik in Kanada und auf der ganzen Welt.

**Dieser Bericht wurde durch die großzügige Unterstützung der JMG Foundation ermöglicht.**

## **Fotokredit**

Deckblatt: “Canadian Pride“ von Brandon Koger; ausgeschnitten und modifiziert, CC by-nc-sa 2.0  
Seite 2: Foto © Wolfgang Schmidt



Der Kampf gegen TTIP, CETA und ISDS: Erfahrungen aus Kanada wurde unter der Creative Commons-Lizenz Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 veröffentlicht.

# Der Kampf gegen **TTIP**, **CETA** und **ISDS**: Erfahrungen aus Kanada

## *Inhaltsverzeichnis*

Einleitung .....	4
Was sind TTIP und CETA? .....	4
Wie beschneiden TTIP und CETA das Regulierungsrecht der Regierungen? .....	5
Was sind ISDS? .....	6
Welche Erfahrung hat Kanada mit ISDS unter NAFTA gemacht? .....	8
Warum ist CETA genauso bedeutend wie TTIP? .....	10
Welche Versuche gibt es, ISDS zu reformieren? .....	12
Wie können wir länderübergreifend zusammenarbeiten, um gegen diese Abkommen vorzugehen? .....	13
Fußnoten .....	15



Dieser Artikel möchte eine **Warnung** sein an alle EuropäerInnen, denen die Gesundheit der Menschen, die Widerstandskraft ihrer Gemeinschaften, das Schicksal ihrer öffentlichen Dienstleistungen und der Schutz ihrer natürlichen Ressourcen wichtig ist.

## **Einleitung**

Im Jahr 1989 schlossen Kanada und die USA. das Free Trade Agreement (CUSTA, US Kanada Freihandelsabkommen) ab. 1994 unterzeichneten die beiden Länder und Mexiko das North American Free Trade Agreement (NAFTA, Nordamerikanisches Freihandelsabkommen). Diese beiden Abkommen gaben die Richtung für eine neue Generation von bilateralen und regionalen Handelsabkommen vor und schufen ein Modell, das von den meisten Regierungen noch immer energisch verfolgt wird.

Nach dem CUSTA verlor Kanada einen großen Teil seiner Produktionsbasis, da amerikanische Unternehmen ihre kanadischen Fabriken schlossen und sie ins Ausland verlagerten. Kanada gab auch die behördliche Aufsicht über seine Energiereserven auf. NAFTA führt eine neue Bestimmung ein: das Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS), bei dem Unternehmen aus den drei Ländern die Regierungen der jeweils anderen Länder wegen Gesetzesänderungen, Änderung von Richtlinien oder Praktiken, die ihren Bilanzen schaden, verklagen können.

Das Vermächtnis von NAFTA ist sowohl in der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP, Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA.) als auch im Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA, Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada) lebendig. Obwohl diese Abkommen den Handelsrahmen auf mehrfache Weise erweitern, enthalten beide ISDS-Bestimmungen, die insbesondere in Europa umstritten sind.

Als Folge von NAFTA ist Kanada das durch ISDS am stärksten herausgeforderte Land unter den Industrienationen - und die KanadierInnen haben bei der Auseinandersetzung um TTIP und CETA wichtige Erfahrungen an die EuropäerInnen weiterzugeben. Dieser Artikel möchte eine Warnung sein an alle EuropäerInnen, denen die Gesundheit der Menschen, die Widerstandskraft ihrer Gemeinschaften, das Schicksal ihrer öffentlichen Dienstleistungen und der Schutz ihrer natürlichen Ressourcen wichtig ist.

## **Was sind TTIP und CETA?**

TTIP ist ein geplantes Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA., um ihre Märkte für verschiedene Unternehmenssektoren des jeweils anderen Landes (u. a. Pharmazeutika, Textilien, Energie und Landwirtschaft) zu öffnen. Die Verhandlungen wurden zum größten Teil hinter verschlossenen Türen geführt, nur vereinzelt wurden Informationen geleakt und gelangten an die Öffentlichkeit.

CETA ist das kanadische Äquivalent, jedoch ist der Verhandlungsprozess bereits weiter vorgeschritten. Im September 2014 haben der damalige kanadische Premierminister Stephen Harper, der damalige Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso und der damalige Präsident des Europäischen Rats eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, um das Ende der CETA-Gespräche zu „feiern“. Mit der darauf folgenden Veröffentlichung des Vertragstextes wurde erstmals der Text eines solchen Abkommens der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Inzwischen gibt es sowohl in Kanada wie auch in Europa deutlichen Widerstand, und das Abkommen ist von einem Abschluss noch weit entfernt.

Die BefürworterInnen behaupten, dass TTIP und CETA zu einem Wirtschaftswachstum sowohl in der EU als auch in Nordamerika zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu Wohlstand auf beiden Seiten des Atlantiks führen würden. Jedoch zeigt die Erfahrung mit NAFTA, dass alle Vorteile fast ausschließlich den reichen und großen Unternehmen zugutekamen. Während die Gehälter von CEOs und Unternehmensgewinne in Kanada seit 1994 enorm angestiegen sind, stagnierten die Einkommen von Familien und ArbeiterInnen, und die Schuldenlast von Familien ist auf einem historischen Höchststand.<sup>1</sup>

TTIP und CETA möchten – so wie die meisten modernen Handelsabkommen – „nichttarifliche Handelshemmnisse“ aus dem Handel entfernen. Darunter fallen Standards und Vorschriften in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, finanzielle Dienstleistungen, Umweltgesetzgebung und Arbeitsstandards, die zwischen den Ländern stark voneinander abweichen.

Transnationale Unternehmen möchten eine „Wettbewerbsgleichheit“ bei der Überschreitung von Landesgrenzen und kämpfen um den kleinsten gemeinsamen Nenner. Nach NAFTA wurden in Kanada die Standards in Bezug auf Lebensmittelsicherheit und Umwelt allesamt nach unten abgeglichen.

Ein wichtiger Bericht kam zu dem Ergebnis, dass NAFTA die Erweiterung einer großangelegten, exportorientierten Landwirtschaft, die auf Pestizide und GMOs setzt, ermöglichte. NAFTA förderte einen Aufschwung von umweltschädlichem Bergbau in Mexiko und untergrub die Kanadas Möglichkeiten die eigene Energiewirtschaft zu regulieren. NAFTA zwang Kanada zum Transport von großen Mengen fossiler Brennstoffe in die USA und schwächte Umweltschutzmaßnahmen in ganz Nordamerika, indem Unternehmen neue Mittel zur Anfechtung der Umweltschutzgesetzgebung zur Verfügung gestellt wurden.<sup>2</sup>

Mit CETA und TTIP unterliegen subnationale Regierungen (Kommunen, Provinzen und Staaten) erstmals Regelungen, die es ihnen verbieten, lokale Unternehmen und die lokale wirtschaftliche Entwicklung zu bevorzugen. Einer Analyse des Canadian Centre for Policy Alternatives zufolge wird dies die große Mehrheit von lokalen Regierungen in Nordamerika und Europa enorm darin

einschränken, öffentliche Ausgaben als Katalysator zur Erreichung von anderen sozialpolitischen Zielen zu verwenden (wie z. B. die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Unterstützung von lokalen Bäuerinnen und Bauern bis hin zur Befassung mit der Klimakrise).<sup>3</sup>

## ***Wie beschneiden TTIP und CETA das Regulierungsrecht der Regierungen?***

TTIP und CETA erlegen Regierungen neue Beschränkungen in Bezug auf ihr Recht auf, gesetzliche Regelungen im Namen ihrer BürgerInnen oder für die Umwelt zu erlassen und schaffen Verpflichtungen, die weit über die bisher üblichen Anforderungen in Handelsabkommen hinausgehen, wenn es um Gleichbehandlung ausländischer und lokaler Unternehmen geht. Sie legen Beschränkungen zu nationalen Vorschriften bei Dienstleistungen und „sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeiten“, wie u. a. Bergbau, Erdöl- und Gasindustrie, Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Fischfang fest. Da es sich dabei um „Top-Down“-Abkommen handelt, müssen sämtliche Ausnahmen zu diesem Deregulierungsprogramm aufgelistet und ausverhandelt werden.

Dem Transnational Institute zufolge reduziert die Harmonisierung nach unten die Kontrollen und setzt Standards herab, die an Kapital und Unternehmen gestellt werden. Wenn das EU-Arbeitsrecht ArbeiterInnen mehr Schutz bietet, werden alle Regierungen gezwungen sein, US-Normen anzunehmen, welche die Rechte von ArbeiterInnen einschränken.<sup>4</sup> Wenn Kanada mehr Finanzkontrollen einsetzt, wird Druck ausgeübt und sogar verlangt, dass es sich einem Standard mit weniger Regulierungen angleicht.

Tatsächlich hat Kanada (das die finanzielle Krise 2008 hauptsächlich überlebte, weil es strenge Bankkontrollen ausübte) seinen Finanzsektor bereits auf eine Weise gegenüber den Anfechtungen von europäischen und in Kanada tätigen Finanzdienstunternehmen geöffnet, wie es selbst NAFTA nicht getan hat. Wenn eine europäische Bank der Ansicht ist, dass sie in Folge der strengeren kanadischen Vorschriften benachteiligt wird, kann sie die kanadische Regierung verklagen.<sup>5</sup>



Außerdem sind TTIP und CETA die ersten Handelsabkommen, die eine obligatorische behördliche Kooperation (auch Regulierungskonvergenz genannt) einschließen, ein Prozess zur Angleichung von Standards und Regulierungen in allen Gerichtsbarkeiten in Bezug auf Waren so unterschiedlich wie Pipelines, Chemikalien und Lebensmittel.

CETA bekennt sich zu einem Prozess, in dem Unterschiede bei Vorschriften zwischen Europa und Kanada (ob Arbeitsrechte, Umweltschutzstandards, Lebensmittelvorschriften oder Steuergesetze), die als Hindernis für den Handel angesehen werden könnten, unterdrückt werden. Beide Parteien vereinbaren Informationen von beabsichtigten oder geplanten zukünftigen Vorschriften zu teilen, noch bevor sie überhaupt im eigenen gewählten Parlament behandelt werden. So soll sichergestellt werden, dass die Vorschriften nicht handelsverzerrend sind. Das bedeutet, dass die andere Partei Änderungen an einem Teil der Gesetzgebung vornehmen könnte, noch bevor sie den demokratisch gewählten VolksvertreterInnen oder der Öffentlichkeit bekannt werden.

In Kanada ist es erforderlich, dass alle neuen Vorschriften oder Gesetze von HandelsexpertInnen geprüft werden müssen um sicherzustellen, dass sie gemäß NAFTA nicht angefochten werden können. Es wird erwartet, dass gemäß CETA jede neue europäische Vorschrift von Kanada und vice versa geprüft und genehmigt werden muss.

Kanada und Europa haben sich auch geeinigt, externe Stellen mit der Durchführung von Bewertungen zu Produktstandards zu beauftragen und wichtige Entscheidungen zu Vorschriften und Standards in die Hände des Privatsektors zu legen. CETA schafft auch ein Forum zur behördlichen Kooperation (Regulatory Cooperation Council) um die behördliche Zusammenarbeit und Arbeit mit „Interessengruppen“, einschließlich Unternehmen, zu erleichtern.

TTIP geht dabei sogar noch weiter. Wie Corporate Europe Observatory (CEO) erklärt, will TTIP den Rat zur behördlichen Kooperation (Regulatory Cooperation Council) gründen, der Unternehmenslobbys aus Nordamerika und Europa zum ersten Mal in einem Handelsabkommen

formellen Einfluss und die Möglichkeit geben würde, Vorschriften und Standards generell „mitzufassen“. Diese neue bürokratische Stelle soll ermächtigt sein die europäische Kommission von der Vorlage von Vorschlägen abzuhalten, die sich nicht an unternehmensfreundliche Grundsätze halten.<sup>6</sup>

Während BefürworterInnen behaupten, dass die behördliche Kooperation unnötigen „Papierkrieg“ reduziert, sagt CEO, dass dies ein sehr effektiver Vorschlag sei um einige der strittigen Unterschiede zu beheben, nachdem die Handelsabkommen unterzeichnet wurden und der prüfende Blick der Öffentlichkeit nachgelassen hat.

Die Umweltstandards in den USA wurden bereits unter dem früheren Präsidenten George Bush und in Kanada unter Premierminister Harper drastisch herabgesetzt.<sup>7,8,9</sup> Und eine Deregulierung von Umweltbestimmungen in Europa unter Führung des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, ist bereits im Gange. CETA und TTIP sind Zugeständnisse an europäische Unternehmen und Industrielobbys bei ihren Bemühungen den Prozess der Absenkung von Umweltvorschriften zu beschleunigen.

## ***Was ist ISDS?***

Die Bestimmungen zum Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) ermöglichen privaten InvestorInnen aufgrund von internationalen Gesetzen Schiedsverfahren gegen eine ausländische Regierung einzuleiten. Ursprünglich wurden sie eingesetzt um private Unternehmen aus wohlhabenden Ländern gegen die Bedrohung der Nationalisierung in ärmeren Ländern zu schützen. In den letzten Jahrzehnten wurden ISDS aber erheblich ausgeweitet.

Unternehmen klagen jetzt auf finanzielle Entschädigung, wenn ausländische Regierungen neue Gesetze oder Praktiken (wie z. B. in Bezug auf Umweltschutz, Gesundheit oder Menschenrechte) einführen, die sich negativ auf ihre Bilanzen auswirken.

Viele Streitigkeiten werden durch das World Bank's International Centre for the Settlement of Investment Disputes verhandelt. Der Zigarettenhersteller Phillip Morris hat dieses Verfahren

genutzt, um australische Vorschriften in Bezug auf Zigarettenverpackungen zur Förderung der öffentlichen Gesundheit anzufechten. Ein schwedisches Unternehmen, Vattenfall, verklagte Deutschland auf berichtete € 4,7 Milliarden (\$ 6,9 Milliarden CDN) wegen des deutschen Ausstiegs aus der Kernenergie.

Erst vor kurzem wurde ISDS in bilaterale und regionale Abkommen auf eine Weise einbezogen, die einem Unternehmen in einem Land erlaubt, die Regierung eines anderen Landes direkt unter Anwendung eines privaten Schiedsverfahrens zu verklagen. ISDS gewährt Unternehmen bei diesen Verhandlungen im Wesentlichen denselben Status wie Regierungen und privatisiert das Streitbeilegungssystem zwischen den Nationen.

Gemäß der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) gibt es jetzt weltweit über 3200 (zumeist bilaterale) ISDS-Verträge; jede zweite Woche wird ein Vertrag abgeschlossen. Diese Rechte von Unternehmen sind tief in NAFTA sowie in allen neuen regionalen Abkommen, einschließlich CETA und TTIP, verwurzelt. Unternehmen haben ISDS mehr als 600 Mal eingesetzt, um Anfechtungen gegen Regierungsmaßnahmen vorzunehmen.

Die Mehrheit der ISDS-Fälle wurden von Unternehmen des globalen Nordens gegen Maßnahmen von Ländern des globalen Südens eingereicht. Und die Unternehmen gewinnen in allen Fällen. Ein UNCTAD-Bericht aus dem Jahr 2015 kam zu dem Ergebnis, dass 60 Prozent der entschiedenen Fälle die privaten InvestorInnen begünstigten und nur 40 Prozent den Staat. Das zeigt, dass Unternehmen dauerhaft und erfolgreich staatliche Vorschriften und die öffentliche Kontrolle anfechten.<sup>10</sup>

Im Gegensatz zu den Behauptungen der BefürworterInnen, dass ISDS ein faires und unabhängiges Streitbeilegungssystem sei, kam eine umfassende Untersuchung durch CEO und TNI zu dem Ergebnis, dass ein Elitezirkel von RechtsanwältInnen, SchiedsrichterInnen und FinanzspekulantInnen explodierende Gewinne verzeichnen und aktiv Unternehmen rekrutieren, um Regierungen weltweit aufgrund von neuen Vorschriften zu Gesundheit, Sicherheit, Arbeitsrecht und Umweltschutz zu verklagen.

Nur 15 SchiedsrichterInnen, fast alle aus Europa, Kanada und den USA, die rund \$ 1 Million (€ 1,5 Millionen) pro Fall verdienen, haben 55 Prozent aller Streitfälle zu den Abkommen entschieden. „Sie haben einen eigennützigen Wirtschaftszweig geschaffen, der von einer kleinen exklusiven Elite [Gruppe] von Rechtsanwaltskanzleien und RechtsanwältInnen kontrolliert wird, deren Verbindungen untereinander und mehrfache finanziellen Beteiligungen schwere Zweifel an ihrer Entschlossenheit, gerechte und unabhängige Urteile auszusprechen, aufkommen lassen,“ erklären die Autorinnen Pia Eberhardt und Cecilia Olivet.<sup>11</sup>

**Unternehmen haben  
ISDS mehr als 600  
Mal eingesetzt, um  
Anfechtungen gegen  
Regierungsmaßnahmen  
vorzunehmen.**

Der stillschweigende Aufstieg eines mächtigen internationalen Investitionsregimes hat hunderte Länder umgarnt und Unternehmensgewinnen den Vorzug vor Menschenrechten und Umweltschutz gegeben. Dieser „Boom“ bei Schiedsverfahren zu Investitionen kostet die SteuerzahlerInnen Milliarden von Dollar und verhindert eine Gesetzgebung im öffentlichen Interesse.<sup>12</sup>

ISDS gefährdet auch die Menschenrechte. Im Juni 2015 haben zehn UN-BerichterstellerInnen zu verschiedenen Menschenrechtsfragen eine Erklärung verfasst, welche die Aufmerksamkeit auf „die potentiellen nachteiligen Auswirkungen“ legte, die Abkommen wie CETA und TTIP auf die Achtung der Menschenrechte haben, die in den rechtlich bindenden UN-Rechtsinstrumenten verwurzelt sind. „Unsere Bedenken“, führen die ExpertInnen aus, „beziehen sich auf das Recht auf Leben, Lebensmittel, Wasser und Hygiene, Unterkunft, Bildung, Wissenschaft und Kultur, verbesserte Arbeitsnormen, ein unabhängiges Rechtssystem, eine saubere Umwelt und das

Recht keiner Zwangsumsiedlung ausgesetzt zu werden.“

Die ExpertInnen wiesen darauf hin, dass die Investor-Staat-Vorschriften einen Schutz für InvestorInnen, jedoch nicht für Staaten oder ihre BürgerInnen gewährten. Beim Blick auf die Geschichte der ISDS-Schlichtungen schloss der UN-Menschenrechtsexperte, dass „die Regulierungsaufgabe von vielen Staaten und ihre Fähigkeit Vorschriften im öffentlichen Interesse zu erlassen, gefährdet sind.“<sup>13</sup>

### **Welche Erfahrung hat Kanada mit ISDS unter NAFTA gemacht?**

NAFTA war das erste Handelsabkommen unter Industrieländern, das eine Investor-Staat-Bestimmung einschloss. Es gewährt InvestorInnen auf dem Kontinent das Recht, die Regierung des anderen Landes zu verklagen, ohne zuerst ein Gerichtsverfahren durch das staatliche Rechtssystem anstrengen zu müssen. Vor NAFTA wurden ISDS-Bestimmungen nur zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verhandelt.

In Folge der ISDS-Anfechtungen durch NAFTA ist Kanada jetzt das am meisten verklagte Industrieland der Welt. Kanada wurde öfter verklagt als die USA oder Mexiko. Von den 77 bekannten Investor-Staat-Forderungen durch NAFTA richteten sich 35 gegen Kanada, 22 gegen Mexiko und 20 gegen die USA

Die US-Regierung hat 11 ihrer Fälle gewonnen und nie einen Investor-Staat-Fall aufgrund von NAFTA verloren oder eine Entschädigung an kanadische oder mexikanische Unternehmen bezahlt. Das beweist, dass selbst wenn es den Anschein hat, dass Handelsabkommen alle Parteien gleich behandeln, mächtige Länder gegenüber Handelskonflikten meist immuner sind.<sup>14</sup>

Kanada hat amerikanischen Unternehmen in den sieben Fällen, die es verloren hat, mehr als \$ 200 Millionen (ungefähr € 135 Millionen) gezahlt, und ausländische InvestorInnen fordern jetzt in neuen Fällen über \$ 6 Milliarden (ungefähr € 4 Milliarden) von der kanadischen Regierung. Selbst die Verteidigung von Fällen, die nicht erfolgreich sind, ist teuer. Kanada hat bis heute

über \$ 65 Millionen (ungefähr € 45 Millionen) für seine Verteidigung gegen Klagen aufgrund von NAFTA ausgegeben.

Das Canadian Centre for Policy Alternatives berichtet, dass fast zwei Drittel der Forderungen gegen Kanada Klagen in Bezug auf Umweltschutz oder Ressourcenmanagement sind, die angeblich den Gewinn von amerikanischen Unternehmen beeinträchtigten.

### **Beispiele für ISDS-Fälle sind u. a.:**

- Ethyl, ein US-Chemiekonzern, hat ein kanadisches Importverbot seines Brennstoffs, der MMT enthält (ein Zusatzstoff, der im Verdacht steht ein Neurotoxin zu sein), angefochten. Die kanadische Regierung hat das Verbot aufgehoben und an das Unternehmen \$ 13 Millionen (ungefähr € 8,8 Millionen) für seinen entgangenen Gewinn gezahlt.
- S.D. Myers, ein US-Abfallentsorgungsunternehmen, hat ein ähnliches Verbot des Exports von toxischem PCB-Abfall angefochten. Kanada zahlte an das Unternehmen über \$ 6 Millionen (ungefähr € 4 Millionen).

**AbitibiBowater:**  
**\$130,000,000**

**Lone Pine:**  
**\$250,000,000**

**Eli Lilly:**  
**\$500,000,000**

**Mesa Power Group:**  
**\$775,000,000**



- Ein Ausschuss von NAFTA ordnete an, dass die kanadische Regierung an Exxon-Mobil, das größte Öl- und Brennstoffunternehmen der Welt, \$ 17,3 Millionen (ungefähr € 11,6 Millionen) zu zahlen hat. Das Unternehmen hatte die Regierungsrichtlinien, dass InvestorInnen bei Offshore-Erkundungen in den Provinzen Neufundland und Labrador (an denen das Unternehmen stark beteiligt ist), in die lokale Forschung und Entwicklung investieren müssen, angefochten.
- Das in New Jersey angesiedelte Unternehmen Bilcon Construction fordert \$ 300.000 (ungefähr € 200.000) an Entschädigung von der kanadischen Regierung. Eine Anfechtung gemäß NAFTA war erfolgreich: Der Plan, einen massiven Steinbruch und Hafenterminal in einem ökologisch sensiblen Gebiet von Nova Scotia zu bauen und Basaltschutt durch die Bay of Fundy (der Golf mit der weltweit stärksten Gezeitenströmung), mit der höchsten Brandung der Welt, zu befördern, war von einem Ausschuss zur Umweltprüfung abgelehnt worden.
- Der Chemiegigant Dow AgroSciences zwang die Regierung der Provinz Quebec mittels NAFTA dazu ihre frühere Position aufzugeben und öffentlich anzuerkennen, dass 2,4-D kein „unakzeptables Risiko“ für die menschliche Gesundheit darstelle. Die Chemikalie ist ein Pestizid, von dem das Natural Resources Defence Council sagt, es stehe mit Krebs und Zellschäden in Verbindung.
- Die kanadische Regierung zahlte dem amerikanischen Zellstoff- und Papiergiganten AbitibiBowater \$ 130 Millionen (ungefähr € 88 Millionen), nachdem das Unternehmen erfolgreich NAFTA eingesetzt hatte, um Entschädigung für die „Wasser- und Einschlagrechte“ zu fordern, die es zurückließ, als es seinen Betrieb in der Provinz Neufundland und Labrador nach 100 Jahren einstellte und die ArbeiterInnen mit unbezahlten Pensionen zurückließ. Diese Anfechtung ist besonders beunruhigend, da sie einem ausländischen Investor das Recht gibt, eine Entschädigung für die vorhandenen Ressourcen zu verlangen, die er nutzte, während sich sein Betrieb in einer anderen Gerichtsbarkeit befand.
- Die Mesa Power Group, ein Energieunternehmen im Besitz des texanischen Milliardärs T. Boone Pickens, fordert \$ 775 Millionen (ungefähr € 523 Millionen) in einer Anfechtung des Green Energy Act (Ökostromgesetz) der Provinz Ontario, die lokalen Windkraftbetreibern den Vorzug gibt.
- Lone Pine, ein kanadisches Energieunternehmen, verklagt die kanadische Regierung über ihren amerikanischen Partner auf \$ 250 Millionen (ungefähr € 152), da die Provinz Quebec ein vorläufiges Moratorium für alle Fracking-Aktivitäten unter dem St. Lawrence-Fluss einführte, bis alle weiteren Studien abgeschlossen sind. Diese Anfechtung ist bedenklich, da ein nationales Unternehmen eine ausländische Tochtergesellschaft dazu benutzt, seine eigene Regierung zu verklagen.
- US-Pharmagigant Eli Lilly verklagt Kanada auf \$ 500 Millionen (ungefähr € 337 Millionen), nachdem die Patentverlängerung für eines seiner Produkte auf drei Gerichtsebenen in Kanada abgelehnt wurde. Dies ist insbesondere besorgniserregend, da kanadisches Recht angefochten wird, das von kanadischen Gerichten ausgelegt wurde. Dieser Fall stellt eine neue Ebene von ISDS-Anfechtungen dar.

Diese und andere Beispiele zeigen, dass Handels- und Investitionsabkommen wie NAFTA transnationalen Unternehmen unvorstellbare neue Rechte gewährt, durch die sie Regierungen ihren Willen aufzwingen können. Und sie sind wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs, da neue Gesetze oder Änderungen an Gesetzen aufgrund des „Abschreckungseffekts“ von früheren Beschränkungen nie zum Tragen kommen. Die kanadische Regierung hat kurz nachdem NAFTA verabschiedet worden war, eine neue Richtlinie eingeführt, nach der alle neuen Gesetze und sämtliche Änderungen an bestehenden Gesetzen von HandelsexpertInnen überprüft werden müssen um sicherzustellen, dass sie nach den ISDS-Vorschriften nicht anfechtbar sind.

## **Warum ist CETA genauso wichtig wie TTIP?**

Viele EuropäerInnen sind umfassend über TTIP, das Abkommen mit den USA, informiert und darüber sehr besorgt. Nur wenige haben jedoch von CETA gehört. Und viele, die schon davon gehört haben, sind bezüglich des Abkommens mit Kanada weniger besorgt. Denn sind nicht die kanadischen Standards, Werte und Vorschriften auf Gebieten wie Gesundheit, Arbeitsrecht, Menschenrechte, Lebensmittelsicherheit und Umweltschutz jenen Europas nicht ohnehin viel ähnlicher als jenen der USA?

Dieses Argument hören wir in Kanada oft. Viele KanadierInnen haben Einwände gegen Freihandelsabkommen mit den USA., da sie fürchten, dass wir gezwungen werden unsere sozialen Standards nach unten anzupassen. Viele KanadierInnen sind jedoch offener gegenüber einem Abkommen mit Europa, da sie davon keine derartige Bedrohung unserer Lebensweise befürchten.

Diese Sichtweise lässt jedoch mehrere Punkte außer Acht: Erstens hat es keine Bedeutung, wer anfangs die höchsten Standards hatte. Es ist wichtig, wie die Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks die behördliche Kooperation und ISDS-Bestimmungen von CETA einsetzen, um allgemein die Standards zu senken. Zweitens gibt es in Kanada und Europa interne Prozesse, die sich bereits der Deregulierung von Umweltschutz, Gesundheits- und Arbeitsrechtsstandards sowie der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen verschrieben haben. CETA wird diese Prozesse sowohl in Europa als auch in Kanada beschleunigen.



Doch der vielleicht wichtigste Grund, warum EuropäerInnen in Bezug auf CETA besorgt sein sollten, ist, dass es eine Hintertür für amerikanische Unternehmen bereithält die Standards und Vorschriften in Europa durch ihre Tochtergesellschaften anzufechten. Das einzige, was ein amerikanischer Landwirtschafts-, Energie-, oder Arzneimittelgigant tun müsste, wäre die europäischen Standards durch ISDS über seine bestehenden Tochtergesellschaften in Kanada (von denen es bereits viele gibt, oder die noch gegründet werden könnten) anzufechten.

Wenn die EuropäerInnen in der Lage sind ISDS von TTIP fernzuhalten, jedoch CETA in seiner jetzigen Form umgesetzt werden darf, haben amerikanische Unternehmen genauso Zugang zu Klagen gegen Europa, wie wenn TTIP mit ISDS unterzeichnet worden wäre.

Timothé Feodoroff vom TNI erklärt, dass CETA die großen amerikanischen Öl- und Brennstoffunternehmen in die Lage versetzen wird, europäische Fracking-Verbote und Vorschriften durch die Hintertür anzufechten. Die Unternehmen würden dafür nur eine Tochtergesellschaft oder eine Niederlassung in Kanada benötigen.

Kanada hat bereits die damals noch laufenden CETA-Verhandlungen verwendet, um Europa zu einer Schwächung seiner Richtlinie zur Kraftstoffqualität zu bewegen; ein wichtiger Teil der EU-Gesetzgebung, wodurch zwischen verschiedenen Arten von Kraftstoffimporten basierend auf ihren CO<sub>2</sub>-Emissionen unterschieden werden kann. Friends of the Earth Europe zufolge ermöglicht dies Rohöl aus Teersand in Alberta (bei dem CO<sub>2</sub>-Emissionen 23 Prozent höher sind als bei konventionellem Öl) ungehinderten Zugang zu Europas Märkten zu verschaffen. Dieses Szenario wird von der kanadischen Regierung gefördert.<sup>15</sup>

Mike Hudema von Greenpeace Canada beklagt, dass die kanadische Regierung andere Regierungen zur Schwächung ihrer Klimaschutzmaßnahmen zwingt, um mehr schmutziges Öl zu verkaufen - anstatt die Klimakrise in Kanada anzugehen.

Viele EuropäerInnen sind auch besorgt, dass TTIP letztendlich zu niedrigeren Standards bei der Lebensmittelsicherheit und beim Tierschutz führen wird, die in Europa im Allgemeinen höher sind als in den USA. Friends of the Earth Europe und das in den USA angesiedelte Center for Food Safety warnen davor, dass die behördlichen Kooperationsvorschriften von TTIP einer neuen Stelle, die sich aus Handels- und Rechtsetzungssachverständige zusammensetzt, das Recht verleiht, alle neuen Lebensmittelsicherheitsvorschriften zu überprüfen. Dadurch wird die Befugnis von Regierungen auf IndustrievertreterInnen übertragen.<sup>16</sup>

Es gibt bereits Anzeichen für ein Einverständnis. Europa hat sein Verbot von Rindfleisch, das in Milchsäure gereinigt wurde, aufgehoben, um den Weg für Gespräche zu CETA wie auch TTIP zu ebnet. Beide Länder erlauben diese Praxis und möchten den europäischen Markt für ihre Rindfleischexporte erschließen. Falls die EU jedoch in der Zukunft dieses Verbot wieder einführen sollte, könnten US-Agrarindustrieunternehmen durch CETA auf eine Entschädigung klagen.

Food and Water Watch Europe (FWWE) warnt in einem wichtigen Bericht, dass TTIP und CETA dazu benutzt werden könnten, die strengeren Gesetze Europas in Bezug auf GMOS anzufechten. Bis heute, so berichtet FWWE, ist in Europa nur eine biotechnologische Nutzpflanze zum Anbau zugelassen, und weniger als ein Zehntel eines Prozents der weltweit genetischtechnisch veränderten landwirtschaftlichen Nutzflächen werden bepflanzt. US-Biotechunternehmen wie Monsanto und Dow könnten verzögerte Zulassungen in Europa durch die ISDS-Bestimmungen in TTIP oder CETA anfechten, und europäische Biotechunternehmen wie BASF und Syngenta könnten Initiativen zur Lebensmittelkennzeichnung in den USA angreifen.<sup>17</sup>

Amerikanische private Krankversicherungen können CETA ebenfalls nutzen um die öffentliche Gesundheitsversorgung anzufechten. John Hilary von Großbritanniens War on Want weist darauf hin, dass Gesundheitsdienste, medizinische Dienste und zahnärztliche Dienstleistungen allesamt in die TTIP-Verhandlungen einbezogen sind. Hilary erklärt, dass dies den National Health Service (NHS) von England gefährdet. Nach Jahren

der Privatisierung wird zunehmend verlangt den NHS wieder unter öffentliche Kontrolle zu bringen.

**CETA ist eine Hintertür für amerikanische Unternehmen, um die Standards und Vorschriften in Europa durch ihre Tochterunternehmen in Kanada anzufechten.**

Er merkt jedoch an, dass jede zukünftige Regierung, die dies versuchen würde, Investor-Staat-Anfechtungen unter TTIP oder CETA gegenüberstehen könnte.<sup>18</sup>

Es gibt ähnliche Bedrohungen gegenüber der Bewegung zur Rekommunalisierung von privaten Wasserversorgungsdiensten. Während Wasserressourcen von CETA ausgenommen sind, sind privatisierte Dienste darin enthalten. Wenn eine Kommune ihre Wasserversorgungsdienste privatisiert hat, kann jeder nordamerikanische Investor sie auf Entschädigung durch Anwendung von ISDS anfechten. Brent Patterson, Political Director des Council of Canadians, weist darauf hin, dass viele öffentliche Pensionsfonds in private Wasserversorgungsdienste weltweit investiert werden.

„Was würde geschehen, wenn England sich entscheiden würde die Zahlung von höheren Wasserpreisen einzustellen und ihre privatisierten Wasserversorgungsdienste in die staatliche Hand zurückführen würde?“ fragt er. Kanadische InvestorInnen könnten dies anfechten. Die Pensionskasse der LehrerInnen von Ontario besitzt 27 Prozent der Northumbrian Water Group (die ihre Wasserversorgungsdienste an etwa 4,4 Millionen KundInnen in England verkauft), und die Pensionskasse von Kanada besitzt ein Drittel der Anglian Water Services (die Wasserversor-

gungsdienste an etwa sechs Millionen Menschen verkaufen). Beides sind gewinnträchtige Unternehmen für diese kanadischen Pensionsfonds und nur die Spitze des Eisbergs.<sup>19</sup>

CETA ist an sich eine Bedrohung für die Umweltschutzstandards in Europa. 57 Prozent der Bergwerksunternehmen weltweit sind in Kanada angesiedelt, da unsere Vorschriften zur Börsennotierung sehr locker sind. Ein Industriebericht kam zu dem Ergebnis, dass die Bergbauindustrie in Kanada die schlechteste Umweltschutz- und Menschenrechtsbilanz aller Länder hat.<sup>20</sup>

Ein kanadisches Unternehmen, Gabriel Resources, wollte die größte Goldmine Europas in Rumänien bauen und investierte in eine frühzeitige Untersuchung. Doch der örtliche Widerstand gegen die Tagebau-Mine Rosia Montana führte zum Abbruch. Das Unternehmen hat wissen lassen, dass es \$ 4 Milliarden (ungefähr € 2,7) an Entschädigung fordern wird und in CETA ein wichtiges Hilfsmittel zum Vorantreiben seiner Interessen sieht.

CETA würde dem kanadischen Bergbauunternehmen Eldorado Gold eine ähnliche Macht zur Klage gegen Griechenland einräumen, wenn die Syriza-Regierung ihr Versprechen hält und die umweltschädliche Mine Skouries im Norden des Landes schließt.

### ***Welche Versuche gibt es, ISDS zu reformieren?***

Es gibt breiten Widerstand gegen diese und andere geplante Handels- und Investitionsabkommen in Europa, aber insbesondere gegen ISDS. Millionen BürgerInnen in ganz Europa haben in den Parlamenten von Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien, Ungarn und Griechenland Bedenken geäußert.

Als Antwort darauf kündigte die Europäische Kommission an ISDS durch die Einrichtung eines neuen europäischen Gerichtssystems für Investitionen (das alle laufenden und zukünftigen Investitionsverhandlungen einschließlich des gegenwärtigen ISDS-Systems in TTIP ersetzen würde) zu „reformieren“. Die Kommission erklärte, dass das neue System aus vollqualifizierten RichterInnen und transparenten Verfahren bestünde und dass Fälle mittels eines Systems mit klaren

Regeln entschieden würden. Die Bedingungen, unter denen InvestoreInnen einen Fall vor Gericht bringen könnten, würden präzise definiert werden und auf bestimmte Fälle beschränkt sein (wie z. B. gezielte Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, Nationalität oder Religion, Rechtsverweigerung oder Enteignung ohne Entschädigung).

Außerdem unterliegt das Gericht einer Überprüfung durch einen neuen Berufungsausschuss. Die Kommission verspricht, dass diese Reformen das Recht der Regierungen auf Regulierung schützen wird und versichert, dass Investitionsstreitigkeiten in vollem Einklang mit dem Rechtsstaatsprinzip stehen. Des Weiteren schlägt die Kommission vor, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, um ein ständiges internationales Gericht für Investitionen einzurichten und so andere Streitbeilegungsmechanismen in Bezug auf Investitionen, die auf ähnlichen Prinzipien beruhen, zu ersetzen.

Diese Vorschläge sind zweifellos eine große Verbesserung des derzeitigen Systems und kommen den Vorschlägen all jener entgegen, die ein internationales Gericht für Investitionen (basierend auf anderen Grundsätzen als denen des gegenwärtigen Systems) gefordert haben. Der kanadische Handelsexperte Gus Van Harten zählt zu jenen, die ein Streitbeilegungssystem basierend auf Unabhängigkeit, Fairness, Offenheit, Subsidiarität (lokale Behörden) und Ausgewogenheit verlangen.

Van Harten erkennt an, dass sich die vorgeschlagenen Reformen der europäischen Kommission „über im Wesentlichen unechte Reformen zu etwas potentiell Bedeutsamerem“ hinaus entwickelt haben. Allerdings gibt er weiter zu bedenken, dass diese Reformen es versäumen werden, von in- und ausländischen InvestorInnen zu verlangen, erst die nationalen Gerichte eines Landes anzurufen, bevor ein internationales Rechtsmittel eingelegt wird. Er sagt, die Kommission scheine entschieden dagegen zu sein ausländischen Unternehmen einen speziellen Status einzuräumen, der es ihnen erlaubt die Gesetze anzufechten, die für alle anderen gelten. Dies sei besonders besorgniserregend, sagt er, da Europa wohl das am besten bewährte Gerichtssystem der Welt hat.<sup>21</sup>



Sowohl Greenpeace als auch Friends of the Earth Europe stimmen dieser Einschätzung zu und sagen, dass das neue System ausländischen Unternehmen weiterhin ein privilegiertes Rechtssystem gewährt. Andere reagierten heftiger: Global Justice Now in Großbritannien rief in Erinnerung, dass über drei Millionen EuropäerInnen eine Petition unterzeichnet haben, die TTIP ablehnt und dass 97 Prozent der TeilnehmerInnen einer Konsultation Investor-Staat-Bestimmungen in jeglicher Form ablehnten. Wie viele andere auch versichern sie, dass die einheimischen Gerichte in Europa ausreichen um Streitigkeiten beizulegen.

Es gibt zwei weitere schwerwiegende Bedenken gegen die vorgeschlagenen Reformen. Zum einen gehen sie nicht auf alle anderen Aspekte von CETA und TTIP ein, die sehr besorgniserregend sind (wie die Entfernungs- und Aushebelung des lokalen Beschaffungswesens, die Liberalisierung der Dienstleistungen und natürlich der Prozess der behördlichen Kooperation).

Aber das größte Problem ist der Ausschluss von CETA aus dem reformierten System. Denn CETA wurde bereits als abgeschlossen angesehen, obwohl es entweder in Kanada oder Europa noch ratifiziert werden muss. Die Europäische Kommission hat die ISDS-Bestimmungen von CETA unverändert gelassen, und wie oben beschrieben ist das keinen Deut besser, als wenn ISDS in weiterhin TTIP enthalten wäre. Tatsächlich



erklärte die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament im September 2015 unmissverständlich, dass sie die vorgeschlagenen Reformen nicht unterstützen würde, es sei denn, diese würden genauso für CETA gelten.

Es gibt noch ein letztes Problem mit diesen Reformen - die USA haben sie schlichtweg abgelehnt. Stefan Selig, stellvertretender Handelsleiter der USA, sagte im Mai 2015, dass die USA keine Notwendigkeit für ein neues internationales Gericht sehen, um Streitigkeiten in TTIP beizulegen und berief sich dabei auf die Gültigkeit des derzeitigen ISDS-Systems.<sup>22</sup>

### ***Wie können wir länderübergreifend zusammenarbeiten, um gegen diese Abkommen vorzugehen?***

Dieser Bericht wurde verfasst, um aufzuzeigen, warum CETA genauso wichtig ist wie TTIP und um die Bewegung von kanadischen, europäischen und amerikanischen AktivistInnen und Organisationen, die gegen diese schädlichen Handels- und Investitionsabkommen kämpfen, zu stärken.

Es ist entscheidend, dass europäische AktivistInnen und Gruppen CETA zu ihrer Priorität erheben. Wir haben nur wenig Zeit CETA zu vereiteln. Wie das Seattle to Brussels Network vor kurzem in einem offenen Brief an europäische Regierungen und Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEPs) schrieb, müssen wir von der Europäischen Kommission fordern, dass eine umfassende Analyse des CETA-Texts vorgenommen wird - einschließlich der Auswirkungen auf Menschenrechte, Gesundheit, Arbeit, Umwelt und politischen demokratischen Raum, damit gewählte VertreterInnen eine sorgfältige Prüfung zum Schutz des öffentlichen Interesses durchführen können. Die Kommission und gewählte Behörden müssen Antworten auf die zunehmenden Bedenken zu CETA geben können und die öffentliche Diskussion darüber ermöglichen.

Das Netzwerk fordert MEPs auch auf, CETA nicht zu unterzeichnen, zumindest bis wir glaubhafte Antworten auf diese vielen Fragen bekommen haben. „Wir meinen, dass die die hypothetischen 0,09 Prozent an zusätzlichem Wachstum, das in



der Studie zu Vorverhandlungen 2008 vorhergesagt wurde, nicht rechtfertigen blindlings ein Abkommen zu unterzeichnen, das von Unternehmenslobbys entworfen wurde um den Druck auf unsere Demokratie und unsere Rechte zu erhöhen“, sagt das Netzwerk.<sup>23</sup>

Es ist genauso wichtig, dass wir innerhalb der Regierungen daran arbeiten, ein Bekenntnis zu erreichen, CETA zur Ratifizierung an die Legislative aller 28 EU-Staaten sowie an das Europäische Parlament zu schicken. In vielen Regierungen wurden genügend Bedenken gegen CETA und ISDS erhoben, und jede sollte die Möglichkeit haben, über dieses umstrittene Abkommen abzustimmen.

Wir in Kanada werden nach den Wahlen unseren Teil dazu beitragen, mit einer (hoffentlich) neuen Regierung zusammenzuarbeiten, die eine größere Bereitschaft zeigt als die bisherige, unsere Bedenken zu CETA anzuhören.

Letztendlich ist vielleicht die Gründung von länderübergreifenden Bewegungen für Gerechtigkeit, so wie wir es schon in vielen anderen Bereichen getan haben, das Wichtigste. Offensichtlich müssen wir die ökonomische und politische Agenda und die Konzernmacht, die hinter ihr steht und so ein Konzept wie ISDS überhaupt erst geschaffen hat, herausfordern. Ökonomische Globalisierung, unbegrenztes Wachstum, Deregulierung von Umweltschutz, Gesundheit und Sicherheit, Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und die Dominanz des Marktes sind allesamt Kennzeichen von TTIP, CETA und ISDS. Wir müssen diese Prioritäten durch andere ersetzen, wenn wir und unser Planet überleben sollen.

Es ist **entscheidend**, dass europäische AktivistInnen und Gruppen CETA zu ihrer Priorität erheben. Wir haben nur wenig Zeit CETA zu vereiteln.



## ***Fußnoten***

1. Campbell, Bruce. *FTA at 25, NAFTA at 20*. Canadian Centre for Policy Alternatives (CCPA). December 2013.
2. Sierra Club of Canada, Sierra Club US, Council of Canadians, Mexican Action Network on Free Trade and Institute for Policy Studies. *NAFTA: 20 Years of Costs to Communities and the environment*. March 2014.
3. CCPA. *Making Sense of the CETA: An Analysis of the final text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement*. September 2014.
4. Transnational Institute. *State of Power, 2015, An annual anthology on global power and resistance*. 2015.
5. Whittington, Les. "EU trade pact could weaken Ottawa's power to regulate banks." *Toronto Star*. September 7, 2015.
6. Corporate Europe Observatory. *TTIP: Regulations Handcuffed*. January 28, 2015.
7. Kennedy Jr., Robert F. *Crimes Against Nature, How George W. Bush and His Corporate Pals Are Plundering the Country and Hijacking Our Democracy*. HarperCollins. 2005.
8. Barlow, Maude. *Blue Betrayal, The Harper Government's Assault on Canada's Freshwater*. Council of Canadians. 2015.
9. Barlow, Maude. *Broken Covenant: How Stephen Harper Set Out To Silence Dissent and Curtain Democratic Participation in Canada*. Council of Canadians. 2015.
10. Mann, Howard. *ISDS: Who Wins More, Investors or States? IISD for UNCTAD*. June 24, 2015.
11. Eberhardt, Pia and Olivet, Cecilia. *Profiting from injustice: How law firms, arbitrators and financiers are fuelling an investment arbitration boom*. Corporate Europe Observatory and Transnational Institute. November 2012.
12. Ibid.
13. Office of the UN High Commissioner for Human Rights. "UN experts voice concern over adverse impact of free trade and investment agreements on human rights." June 2, 2015.
14. CCPA. *NAFTA Chapter 11 Investor-State Disputes to January 1, 2015*. January 2015.
15. Friends of the Earth Europe. *Dirty deals: How trade talks threaten to undermine EU climate policies and bring tar sands to Europe*. July 2014.
16. Centre for Food Safety, GRAIN, IATP. *How TTIP undermines food safety and animal welfare*. February 2015.
17. Food and Water Watch Europe. *TTIP and Genetically Engineered Foods*. April 2015.
18. Hilary, John. "On TTIP and the NHS, they are trying to bamboozle us." July 14, 2014.
19. Patterson, Brent. "Europeans face investor-state challenges with CETA." Council of Canadians. November 12, 2013.
20. Whittington, Les. "Canadian mining firms worst for the environment, rights: Report." *Toronto Star*. October 19, 2010.
21. Van Harten, Gus. "A Parade of Reforms: The European Commission's latest proposal for ISDS." *Osgoode Law School*. May 6, 2015.
22. EU Observer. "US rejects EU proposal on free trade tribunal." May 11, 2015.
23. Seattle to Brussels Network. "CETA – Open letter." July 2015.

